

198

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 23. März 1982

Blatt 791

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Gesundheit und Krankheit im Alter

Kommunal:
(rosa)

Die U 2 wird leiser
Rinter-Rechtsgutachten: leistungsgerechte Zahlungen
Kein "Giftmüll" bei der Biomüll

Politik:
(rosa)

Wien begrüßt einheitliche Kurzparkzonenregelung
Mayr: Konferenzzentrum und Stadterneuerung

Lokal:
(orange)

Sommerzeit beginnt am 28. März
Busparkplätze nicht mit Pkw verstellen!

Nur

über FS: 22.3. Passant lief gegen Straßenbahn
23.3. Verkehrsbehinderungen wegen einer Demonstration

.....
Bereits am 22. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gesundheit und Krankheit im Alter (1)

Utl.: Mehr Rehabilitation im Alter

=++++

23 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Die Rehabilitationsmaßnahmen für betagte beziehungsweise pflegebedürftige Menschen sollen verstärkt und ausgebaut werden. Dies war eine der wesentlichsten Forderungen, die Montag im Rahmen einer über Initiative von Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER durchgeführten Enquete über "Gesundheit und Krankheit im Alter" aufgestellt worden waren. Laut Stacher sei das Alter keineswegs eine Krankheit, sondern vielmehr eine Phase der psychischen und physiologischen Veränderungen, die jedoch mit Hilfe verschiedener Maßnahmen durchaus zu bewältigen ist. Eine wesentliche Rolle nimmt dabei die Rehabilitation ein, die gerade bei älteren Menschen eine wichtige soziale und humane Aufgabe zu erfüllen hat. In diesem Zusammenhang wies der Stadtrat darauf hin, daß seitens der Sozialversicherung derzeit lediglich die Rehabilitation von im Arbeitsprozeß befindlichen Personen durchgeführt wird. Die Rehabilitation von älteren Menschen ist im ASVG gegenwärtig nur eine "Kann"-Bestimmung. Nach Meinung des Stadtrates sollte jedoch auch die Rehabilitation älterer und bereits aus dem Arbeitsprozeß ausgeschiedener Personen als "Muß"-Bestimmung im ASVG verankert werden.

Was die Stadt Wien betrifft, so sei man, wie Stacher erklärte, in den letzten Jahren bemüht gewesen, Maßnahmen und Einrichtungen zur Rehabilitation betagter Menschen auszubauen. Neben verschiedener sozialer Hilfen und der Einführung der Aktion der "Mobilen Schwestern" wurden in den Pflegeheimen und Pensionistenheimen zahlreiche Einrichtungen zur Aktivierung und Rehabilitation geschaffen. (Forts.) zi/bs

NNNN

.....
Bereits am 22. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gesundheit und Krankheit im Alter (2)

Utl.: Einsatz von mobilen Therapeuten

=++++

24 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Primarius Dr. Karl LACHNIT vom Pflegeheim Lainz regte den Einsatz von mobilen Therapeuten an, die die Patienten auch daheim besuchen, um mit ihnen bewegungstherapeutische Übungen durchzuführen und sie zu verschiedenen Beschäftigungen anzuregen. Damit können einerseits diese älteren Menschen zu Hause bleiben, andererseits Krankenhäuser und Pflegeheime nur mehr der Unterbringung Schwerstkranker und unbedingt Pflegebedürftiger dienen. Als ein wesentliches Ziel der Rehabilitation nannte Prim. Lachnit neben der körperlichen Mobilisierung vor allem die Erhaltung und Steigerung der Leistungsfähigkeit des älteren Menschen. Außer der medizinischen Behandlung zählt dazu die aktivierende Pflege, die Physiko- und Bewegungstherapie, die Logopädie, die Ergotherapie, die psychologische Therapie und schließlich die fürsorgerische und soziale Betreuung. In diesem Zusammenhang kommt gerade der Motivierung und Mitarbeit der Angehörigen große Bedeutung zu.

Landessanitätsdirektor Hofrat Dr. Ermar JUNKER, Leiter des Gesundheitsamtes, berichtete über die im Rahmen der Wiener Gesundheitsstudie festgestellten häufigsten altersbedingten Krankheiten. Demnach steigen im Alter vor allem die Herz- und Gefäßkrankheiten. Vor dem 60. Lebensjahr überwiegen die Männer mit Hochdruck, im höheren Alter die Frauen. Ein besonderes Problem stellen auch die Abnützungserkrankungen des Bewegungs- und Stützapparates im Alter dar. 64 Prozent der 60jährigen klagen über Wirbelsäulenleiden. Erfreulich ist hingegen die ärztliche Versorgung der älteren Wienerinnen und Wiener: 70 bis 90 Prozent haben ihren Hausarzt und suchen diesen zu 90 Prozent in dessen Ordination noch auf. (Forts.) zi/gg

.....
Bereits am 22. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gesundheit und Krankheit im Alter (3)

Utl.: Weitere Humanisierung der Pflegeheime

=++++

25 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Dr. Viktor WLK, ärztlicher Leiter des Pflegeheimes im Sozialmedizinischen Zentrum Ost, unterstrich die Bedeutung der Humanisierung im Pflegeheim etwa durch eine Verschiebung der Weckzeiten und eine Ausweitung der Besuchszeiten. Im Pflegeheim SMZ-Ost gibt es bekanntlich eine bereits vormittags beginnende, tägliche Besuchszeit sowie wesentlich spätere Weckzeiten als in anderen Pflegeheimen. Ebenso sprach er sich für eine vorbeugende prophylaktische Rehabilitation ("Vorbeugen ist besser als heilen") aus.

Univ.-Prof. Dr. Georg GEYER, Vorstand der II. Medizinischen Universitätsklinik im Allgemeinen Krankenhaus, wies auf den Umstand hin, daß durch die zunehmend hohe Lebenserwartung der Großteil der Patienten an den medizinischen Abteilungen zwischen 65 und 85 Jahre alt ist. Dies stellt gerade an das Pflegepersonal große Anforderungen, da die Pflegemaßnahmen für den älteren Patienten zumeist sehr arbeitsintensiv sind. In diesem Zusammenhang unterstrich Univ.-Prof. Dr. Geyer die Tatsache, daß gerade in Wien in den letzten Jahren für die medizinische Betreuung älterer Patienten Vieles und Erfolgreiches geleistet wurde.

Dr. Peter GATHMANN von der psychosomatischen Abteilung an der Psychiatrischen Universitätsklinik erklärte, daß die Theamtik des Alterns bisher zu sehr tabu war. Seiner Meinung nach ist das Altern aber genauso eine Krisensituation wie etwa der Schuleintritt, die Pubertät oder der Eintritt ins Berufsleben. Infolge zuwenig und schlechter Vorbereitung entwickelt sich das "Älterwerden sehr oft zu einer Sackgasse" für den Betroffenen. Mehr Förderung und Unterstützung der "Selbsthilfe" wäre jedoch eine Möglichkeit, dieses Problem zu meistern. (Schluß) zi/gg

Die U 2 wird leiser

Utl.: Wegen Umbau Betriebseinstellung am späten Abend und am
Wochenende

=++++

1 #Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) Die Züge der U-Bahn-Linie U 2 verursachen in einigen Streckenabschnitten Erschütterungen und Lärmbelästigungen, die Beschwerden der Anrainer zur Folge hatten. Die Wiener Verkehrsbetriebe entschlossen sich deshalb, den Schotteroberbau auf dieser Strecke durch einen schalldämmenden Gleisoberbau aus Kunststoff - sogenannte "Flüsterschwellen" - zu ersetzen. Die Umbauarbeiten, die in zwei Etappen heuer und im nächsten Jahr durchgeführt werden, beginnen am kommenden Montag, dem 29. März. Die erste Bauetappe dauert voraussichtlich bis Juli. In dieser Zeit ist es notwendig, den Betrieb der U 2 an Wochentagen jeweils ab ca. 20.45 Uhr sowie an Samstagen und Sonntagen ganztätig einzustellen.#

Die Verkehrsbetriebe richten in dieser Zeit zwischen Karlsplatz und Ringturm einen Ersatzverkehr mit Autobussen ein. Die Autobusse fahren in den Abendstunden in Intervallen von zehn Minuten, an den Wochenenden tagsüber in Intervallen von fünf Minuten. Die Route verläuft vom Karlsplatz über Friedrichstraße, Getreidemarkt, "Zweier-Linie", Universitätsstraße, Schottengasse und Schottenring. Die Haltestellen befinden sich im Bereich der U-Bahn-Stationen.

Die Gesamtkosten für den Umbau belaufen sich auf sechzig Millionen Schilling. Begonnen wird mit jenen Abschnitten, in denen die stärksten Belästigungen auftreten (Landesgerichtsstraße zwischen Florianigasse und Universitätsstraße sowie Universitätsstraße zwischen Landesgerichtsstraße und Ebendorferstraße). Die beiden parallelführenden Gleise werden gleichzeitig umgebaut, um die Wirkung der Schalldämmung sofort zu erreichen. Um den U-Bahn-Betrieb so wenig wie möglich zu stören, wird in den Nachtstunden und an den Wochenenden gearbeitet. (Schluß) ger/bs

Sommerzeit beginnt am 28. März

=++++

2 Wien, 23.3. (RK-LOKAL) Die Sommerzeit beginnt heuer am Sonntag, dem 28. März, um 2 Uhr früh. Sämtliche Uhren müssen zu diesem Zeitpunkt um eine Stunde vorgestellt werden. Dies gilt natürlich auch für die knapp zweihundert öffentlichen Uhren in Wien, die von der Magistratsabteilung 33 (öffentliche Beleuchtung) umgestellt werden müssen. Wie schon in den vergangenen Jahren beginnt die Umstellung der Uhren an verschiedenen öffentlichen Gebäuden bereits am Samstag nachmittag. In den Abendstunden folgt ein Großteil der Kirchenguhren. Die Würfeluhren werden um Mitternacht umgestellt, ein weiterer Teil der öffentlichen Uhren folgt exakt um 2 Uhr, sodaß die gesamt Umstellung voraussichtlich Sonntag früh beendet ist. Die Sommerzeit dauert heuer bis Sonntag, den 26. September, 3 Uhr früh. (Schluß) ger/gg

NNNN

Busparkplätze nicht mit Pkw verstellen!

Utl.: Neue Buszonen zum Beginn der Wiener Fremdenverkehrssaison

=++++

3 Wien, 23.3. (RK-LOKAL) Um für die in- und ausländischen Reiseautobusse praktikable Zufahrten zur Altstadt und ausreichenden Parkraum zu schaffen und damit die gegenseitige Behinderung von Touristenbussen und Pkw-Verkehr zu reduzieren, hat die Stadt Wien zu Beginn der touristischen Saison neue "Haltestellen" und Parkplätze für Autobusse festgelegt. Der Wiener Fremdenverkehrsverband appelliert nun an die Pkw-Lenker, diese Buszonen zu respektieren, und macht darauf aufmerksam, daß die Polizei eine konsequente Bestrafung jener Autolenker angekündigt hat, die ihre Pkw in Buszonen parken und damit das ordnungsgemäße Zufahren von Autobussen verhindern.

"Haltestellen" (Aus- und Einsteigplätze) für Touristenbusse gibt es in den Bereichen Gluckgasse/Augustinerstraße, Brandstätte, Heidenschuß und Burgtheater (volksgartenseitig). Busparkplätze befinden sich wie bisher in den Bereichen Burgring/Babenbergerstraße und Morzinplatz/Franz-Josefs-Kai, neu dazugekommen sind Plätze im Bereich Rathausplatz (Seitenfront der Universität bzw. vor dem Felderhaus). Die Regelungen gelten zumeist von 8 bis 18 Uhr.

Die Wiener Fremdenverkehrsverband führt derzeit eine Informationskampagne mit mehrsprachigen Flugblättern durch, um Busunternehmen und -lenker in Österreich wie auch im Ausland auf die Neuregelung aufmerksam zu machen. Auch die Polizeibeamten der Inneren Stadt werden mehrsprachige Pläne bei sich haben, um Buslenker, wenn nötig, auf die speziellen Buszonen hinzuweisen. Fahrzeuglenker, die die Buszonen widerrechtlich verparken, müssen mit entsprechenden Polizeistrafen rechnen. In krassen Fällen, so die Polizeidirektion, würde auch abgeschleppt werden, um Verkehrsbehinderungen zu beheben. (Schluß) fvv/d1

NNNN

Wien begrüßt einheitliche Kurzparkzonenregelung

=++++

5 #Wien, 23.3. (RK-POLITIK) Finanzstadtrat Hans MAYR begrüßte Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters die heute im Ministerrat eingebrachte Regierungsvorlage für eine einheitliche Kennzeichnung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen in Österreich. Mayr erinnerte, daß in Wien mit der am 17. März kundgemachten Änderung des Wiener Parkometergesetzes zwar ein eindeutiger Rechtszustand gegeben sei, im Interesse der Autofahrer wäre eine Novellierung der Straßenverkehrsordnung jedoch wünschenswert. Sollte der Nationalrat eine Novellierung noch vor dem Sommer beschließen, wäre eine Anpassung in Wien ohne weitere Änderung des Wiener Parkometergesetzes möglich.#

(Schluß) sei/bs

NNNN

Mayr: Konferenzzentrum und Stadterneuerung (1)

=++++

6 #Wien, 23.3. (RK-POLITIK) Finanzstadtrat Hans MAYR sprach sich Dienstag im Pressegespräch des Wiener Bürgermeisters vehement für den Bau des Konferenzzentrums aus. Die Finanzierung sei, so Mayr, durch ein 1979 vom Nationalrat beschlossenes Finanzierungsgesetz bereits gesichert. Eine Beteiligung einer ausländischen Finanzierungsgruppe könnte diese Bedingungen nur verbessern. Für Wien sei das Konferenzzentrum aus arbeitsmarkt- und fremdenverkehrspolitischen Überlegungen wichtig. Für jede von der Stadt Wien beim Konferenzzentrum eingesetzte Million betrage der Beschäftigungseffekt 3,86 Arbeitsplätze - ein Wert, der durch kein anderes Hochbauprojekt derzeit erzielt werden könnte.#

Zwtl.: Messepalast keine Alternative

Der Messepalast ist keine Alternative, da über diesen erst in einem viel späteren Zeitraum verfügt werden könnte, betonte Mayr. Der Messepalast würde sich gut für ein Ausstellungszentrum der Wiener und der Bundesmuseen eignen, außerdem gibt es Überlegungen, dort ein Wiener Handwerkszentrum mit einer permanenten Verkaufsschau einzurichten. Diese Überlegungen können jedoch erst in ein paar Jahren Platz greifen, da derzeit im Messepalast 80 Wohnungen in einem Hauptmietverhältnis bewohnt werden und der Messepalast außerdem unter Denkmalschutz steht, was bei einer Umgestaltung sicherlich erschwerend hinzukommt. (Forts.) sei/gg

NNNN

Mayr: Konferenzzentrum und Stadterneuerung (2)

=++++

7 Wien, 23.3. (RK-POLITIK) Der Bau des Konferenzzentrums ist keine Alternative zur notwendigen Stadterneuerung in Wien, erklärte Mayr. Er verwies auf das Sonderprogramm des Bundes und auf das neue Mietrecht, von denen positive Auswirkungen auf den Wiener Arbeitsmarkt zu erwarten sind. Wenn Präsident Benya jüngst als Ziel für 1982 angegeben habe, die Arbeitslosenrate in Österreich unter 3,5 Prozent zu halten, so hoffe man in Wien, heuer unter 3 Prozent zu bleiben, betonte Mayr.

Wien wird, so Mayr, voll beim Altstadtsanierungsgesetz und beim Bau von zusätzlichen 5.000 Wohnungen "mitziehen". Sollten andere Bundesländer die ihnen zustehende Quote nicht voll ausschöpfen, ist Wien bereit, den derzeit festgelegten Wiener Anteil von rund 1.400 neuen Wohnungen zu erhöhen.

Durch das neue Mietrecht wird nach einer Studie des WIFO ein jährlicher Beschäftigungseffekt von 6.000 Arbeitsplätzen in ganz Österreich erzielt, erklärte Mayr. Davon entfallen auf Wien mindestens 50 Prozent. Es ist also zu erwarten, daß in den kommenden Jahren in Wien jährlich rund 1,5 Milliarden für zusätzliche Stadterneuerungsarbeiten anfallen und damit pro Jahr rund 3.000 Menschen beschäftigt werden können. (Schluß) sei/gg

NNNN

Rinter-Rechtsgutachten: leistungsgerechte Zahlungen

Utl.: Veleta kündigt Einsetzung eines Unterausschusses an

=++++

8 #Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) Ein zu bildender Unterausschuß seiner Geschäftsgruppe werde sich mit allen Fragen im Zusammenhang mit dem Rinter-Müllverwertungsbetrieb befassen, teilte Stadtrat Josef VELETA im Pressegespräch des Bürgermeisters mit. In Verhandlungen zwischen der Stadt Wien und der Firma Rinter soll nun versucht werden, zu einem neuen Vertrag zu kommen, der der Leistungsfähigkeit der Firma Rinter entspricht.#

Zum Rechtsgutachten, ausgearbeitet von Univ.-Prof. Dr. Fritz Schönherr, DDr. Walter Barfuß sowie den Rechtsanwälten Dr. Helwig Dorgler, Dr. Christian Hauer und Mag. Dr. Wiltschek, teilte Veleta mit, das Papier diene zur Unterstützung der Verhandlungsposition der Stadt Wien in den Vertragsverhandlungen mit der Firma Rinter und dem finanzierenden Bankenkonsortium.

Die Gutachter seien zu dem Ergebnis gekommen, daß die Firma Rinter ihre Anlage ab 1. Juli 1981 in Betrieb genommen, seither aber ihre Vertragspflichten zur laufenden Müllabnahme und Müllverarbeitung nicht voll erfüllt habe. Daraus ergebe sich, daß die Stadt Wien auch nicht zur Leistung des vollen Entgeltes verpflichtet sei. Dabei sei allerdings davon auszugehen, daß die Firma Rinter sicherlich teilweise Leistungen erbracht habe. Insofern sei also die Zahlungseinstellung vertragsrechtlich bedenklich. Es wäre vielmehr rechtlich nach Meinung der Gutachter richtig, einen der Leistungen entsprechenden Teil zu bezahlen.

In ihrem Rechtsgutachten geben die Experten auch einen Hinweis dafür, wie ihnen die weitere Vorgangsweise für die Zukunft am zweckmäßigsten erscheint. Sie vertreten dabei den Standpunkt, daß versucht werden sollte, auf Grund der gegebenen tatsächlichen Verhältnisse zu einem befriedigenden neuen Vertrag zwischen der Stadt Wien und der Firma Rinter zu kommen, welcher den tatsächlichen Leistungen und Leistungsmöglichkeiten der Rinter Rohstoffrückgewinnungs-AG entspricht. (Schluß) we/bs

Kein "Giftmüll" bei der Biomüll

=++++

10 Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) Zu dem in Zeitungsartikeln erhobenen Vorwurf, die Biomüll-Gesellschaft zur Verwertung städtischer Abfallstoffe in Simmering hätte "Giftmüll" übernommen, teilte Stadtrat Josef VELETA im Bürgermeister-Pressegespräch mit, daß davon keine Rede sein könne.

Von der Biomüll wurden am 10. und 11. Februar zirka 350 Tonnen Stickstoff und Kali-Düngemittel aus Salzburg übernommen, die durch Brandeinwirkung und die nachfolgenden Löscharbeiten unverkäuflich geworden waren. Das Material wurde auf Rotte verbracht. Etwaige Gefahren können daher ausgeschlossen werden, da selbst bei Vorhandensein von Phosphorsäure-Estern aus pestizidhaltigem Sonderabfall diese Wirkstoffe nach zirka drei bis vier Wochen zerfallen, während die Dauer der Verrottung hingegen acht bis zwölf Monate beträgt.

Deklariertes pestizidhaltiges Sonderabfall aus Salzburg im Gewicht von zirka einer Tonne wurde in einem gesonderten Muldenfahrzeug der EBS geliefert und dort schadlos durch Verbrennen beseitigt. In der EBS wurden ferner 100 Tonnen verunreinigtes Löschwasser aus Salzburg neutralisiert und beseitigt.

Bei einem von der MA 39 (Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien) in der Biomüll vorgenommenen Lokalaugenschein konnte festgestellt werden, daß das aus Salzburg übernommene Material ordnungsgemäß behandelt wurde. Zur Untersuchung der chemischen Zusammensetzung der Düngemittel sind Proben entnommen worden.
(Schluß) we/bs

NNNN